

Zwiespältige Sonderstellung: Orthodoxe Kirche und Staat in Belarus

Natallia Vasilevich, Minsk

Zusammenfassung:

Am 25. Dezember 2013 trat Metropolit Filaret von seinem Amt als Oberhaupt des Belarussischen Exarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche zurück, das er 35 Jahre lang ausübte. Die orthodoxe Kirche in Belarus erlebt somit derzeit einen Epochenwechsel. Zum Nachfolger Filarets, der intensive internationale ökumenische Kontakte pflegte, wurde der wenig bekannte Metropolit Pawel ernannt, der bis dahin der Eparchie von Rjasan und Michailow vorstand. Die Wahl fiel somit nicht, wie von vielen in Belarus einschließlich Präsident Lukaschenka erwartet, auf einen belarussischen Staatsbürger. Der folgende Beitrag analysiert die aktuelle Situation der orthodoxen Kirche im multi-konfessionellen Belarus, ihre Positionierung im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft sowie die möglichen Veränderungen, die vom neuen Metropoliten zu erwarten sind.

Da es in Belarus keine offizielle Statistik über Kirchenmitglieder gibt, können Angaben zur Religionszugehörigkeit belarussischer Bürger nur über Meinungsumfragen erschlossen werden – was selbstverständlich nur ein unbefriedigendes Hilfsmittel ist. Zudem liegen auch keine soliden wissenschaftlichen Untersuchungen zur religiösen Identität der Belarussen vor, so dass Meinungsumfragen die zentrale Datengrundlage bilden, die im öffentlichen Raum von Journalisten, Staatsvertretern und auch kirchlichen Würdenträgern verwendet werden. Staatliche und unabhängige Meinungsumfragen zeichnen dabei ein übereinstimmendes Bild. So ordneten sich den Umfragen zufolge, die das Informationsanalytische Zentrum der Präsidialadministration in den Jahren 2007–2011 durchgeführt hat, 93,5 % der Befragten einer Glaubensrichtung zu. Davon bezeichneten sich 81 % als orthodox und 10,5 % als römisch-katholisch. Eine Umfrage des unabhängigen Internationalen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (ISEEPS) aus dem Jahre 2010 ermittelte 78,8 % Orthodoxe, 11,1 % Katholiken und 0,7 % Protestanten.

Trügerische orthodoxe Dominanz

Folgt man diesen Umfragen, erhält man den Eindruck, dass Belarus ein stark religiös geprägtes Land ist, in dem der Orthodoxy die führende Rolle zukommt. Einer 2009 von Gallup in 114 Ländern durchgeföhrten Studie zufolge spielt Religion jedoch nur für 34 % der Belarussen eine wichtige Rolle im Alltag – damit nimmt Belarus im Hinblick auf die Bedeutung der Religion den zehntletzten Platz unter den untersuchten Ländern ein. Auch die ISEEPS-Umfragen relativieren den Eindruck der orthodoxen Dominanz. So sprachen 2010 zwar 63 % der Befragten der orthodoxen Kirche ihr Vertrauen aus – dies sind jedoch 15,8 % weniger als die Anzahl derer, die sich als orthodox bezeichneten. Hingegen fiel die Vertrauensrate der römisch-katholischen Kirche mit 36,6 % deutlich niedriger aus – doch vertrau-

ten ihr damit 25,5 % mehr Bürger, als sich ihr konfessionell zugehörig fühlten. Noch größer fiel die Diskrepanz bei den Protestanten aus, der 10 % der Befragten ihr Vertrauen aussprachen.

Darüber hinaus zeichnen sich die Angehörigen der drei Konfessionen durch eine unterschiedliche religiöse Aktivität aus. So besuchen beispielsweise nur 22,2 % der Orthodoxen, aber 55 % der Katholiken und 90,9 % der Protestanten häufiger als einmal pro Monat den Gottesdienst. Die orthodoxen Gläubigen weisen somit, wie der Soziologe Nikolaj Kazuk konstatiert, eine geringere Bindung zu ihrer religiösen Gemeinschaft auf als Katholiken und Protestant. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der offiziell registrierten Gemeinden wider. Am 1. Januar 2014 belief sich die Zahl der orthodoxen Gemeinden auf 1.615 (49,24 % aller registrierten Gemeinden), die der katholischen auf 488 (14,88 %) und die der Protestant auf 907 (27,65 %). Unter den protestantischen Gemeinden waren 512 Pfingstler und 286 Baptisten.

Katholische und protestantische Hochburgen

Es lassen sich außerdem regionale Differenzen beobachten, die sich zum Teil mit der unterschiedlichen Entwicklung von Ost- und Westbelarus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erklären lassen: In den westlichen Regionen, die bis 1939 zu Polen gehörten, konnte sich die religiöse Vielfalt und kirchliche Infrastruktur besser erhalten als in den östlichen Regionen, die von Anfang an zur BSSR gehörten und die brutale Zerstörung religiösen Lebens in den 1920er und 1930er Jahren erlebten. Diese Ost-West-Spaltung gilt jedoch nur bedingt: So weist das Gebiet Hrodna ein orthodox-katholisches Profil, das Gebiet Brest hingegen ein orthodox-protestantisches auf. Im Gebiet Hrodna gibt es mehrere Bezirke, in denen katholische Gläubige die Mehrheit bilden, und im Gebiet Brest finden sich mehrere große lokale Gemeinschaften mit überwiegend protestantischer Prägung, wie beispielsweise das Dorf Alschan mit 7.500 Einwohnern.

Die regionalen Trends werden darüber hinaus durch die Urbanisierung relativiert.

Obwohl die Protestanten den Umfragen zufolge nur einen geringen gesellschaftlichen Stellenwert haben, nehmen sie eine wichtige Stellung in bestimmten politischen und sozialen Kontexten ein. So finden sich unter den Führungskräften der politischen Opposition beispielsweise überdurchschnittlich viele Protestanten. Unter den Initiatoren der offiziell bisher nicht registrierten Belarusischen Christdemokratischen Partei waren 2009 31 % Protestant, 45 % Orthodoxe und nur 13 % Katholiken.

Staatliche Privilegien als Kontrollmittel

Die belarussische Verfassung garantiert formal die Gleichheit aller Religionen und das Recht auf freie Glaubensausübung. Allerdings sollen die Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften nach Artikel 16 der Verfassung »unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Entwicklung der geistlichen, kulturellen und staatlichen Traditionen des belarussischen Volkes« gestaltet werden. Das 2002 verabschiedete Gesetz »Über Gewissensfreiheit« schreibt der Orthodoxie bereits in der Präambel explizit die Schlüsselrolle in dieser Entwicklung zu. Damit gewährt der Staat der orthodoxen Kirche eine Vorzugsstellung im Vergleich zu den anderen Kirchen. Diese Privilegierung wird jedoch von einem offenen Kontrollanspruch begleitet. Präsident Lukaschenka zufolge ist dieser besondere rechtliche Status ein Ausdruck des staatlichen Vertrauens in die Kirche, wofür der Staat »im Gegenzug einen Anspruch auf Unterstützung durch die Geistlichkeit hat«. Die orthodoxe Kirche ist damit für Lukaschenka kein autonomes Subjekt. Der Präsident hat mehrmals die Auffassung vertreten, dass, »wir uns niemals von der Kirche getrennt haben, denn Staat und Kirche lösen die gleiche Aufgabe ... De facto haben wir sie zum zentralen Ideologen der belarussischen Staatlichkeit bestimmt«. Gleichzeitig sieht das politische Regime die Kirche als potentiellen Konkurrenten des Staates. So bemerkte beispielsweise der zum engen Umfeld Lukaschenkas gehörende Ideologe Anatoli Rubinau, dass »der wachsende Einfluss der Religion stets eine Schwächung des staatlichen Einflusses, der staatlichen Ideologie zur Folge hat«. Aus diesem Grunde ist dem Staat daran gelegen, die Kirchen kontrollierbar zu halten – sei es durch direkte Repressionen oder durch das Anlegen bürokratischer Fesseln, um jegliche spontanen Aktivitäten zu verhindern. Zentrales Instrument bilden hierbei Kooperationsverträge, die der Staat laut Artikel 8 des Gesetzes mit Religionsgemeinschaften abschließen kann.

Symbolischer Rahmenvertrag

Die orthodoxe Kirche ist bisher die einzige Glaubensgemeinschaft in Belarus, mit welcher der Staat eine Rah-

menvereinbarung auf nationaler Ebene abgeschlossen hat. Dieser 2003 unterzeichnete Vertrag benennt in allgemeiner Form die Kooperationsfelder, wie »öffentliche Moral, Erziehung und Bildung, Kultur und Kunst, Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung des historischen und kulturellen Erbes, Gesundheitswesen, soziale Versorgung, Wohltätigkeit und Barmherzigkeit, Förderung der Institutionen Familie, Mutterschaft und Kindheit, Betreuung von Häftlingen, erzieherische, soziale und psychologische Betreuung von Wehrdienstleistenden sowie Umweltschutz«. Der Rahmenvertrag wird durch zahlreiche Abkommen zwischen der orthodoxen Kirche und Ministerien, zwischen einzelnen orthodoxen Eparchien und Gebietsverwaltungen sowie lokalen Vereinbarungen zu konkreten Bereichen ergänzt. Zusammen bilden sie ein kompliziertes Konglomerat mit einer Vielzahl von Koordinationsorganen. Da sowohl auf staatlicher als auch auf kirchlicher Seite eine übergeordnete Koordinationsstruktur fehlt, ist es unmöglich ein angemessenes Monitoring über die Umsetzung all dieser Kooperationsprogramme durchzuführen. De facto finden gleichwohl etliche Veranstaltungen mit Bezug auf die Abkommen statt, so dass ihnen in jedem Falle eine wichtige symbolische Bedeutung zukommt.

Ein zentrales Problem der Abkommen besteht darin, dass von staatlicher Seite keine verbindlichen Zusagen gemacht werden, während die Kirche und ihre Organisationen keine Instrumente erhalten, um auf staatliche Institutionen Druck ausüben zu können. So ist zwar die Möglichkeit der geistlichen Betreuung von Gefängnisinsassen vorgesehen, doch kann die zuständige Behörde auch den Zugang zu einer Person verweigern. Ebenso ist die Möglichkeit der Kooperation mit Bildungseinrichtungen vorgesehen. Doch obwohl die orthodoxe Kirche mit dem Bildungsministerium die meisten Kooperationsvereinbarungen unterschrieben hat, kann sie keine Fortschritte bei der Einführung von Religionsunterricht in den Schulen erzielen. Während in Russland in 2012 das Schulfach »Grundlagen religiöser Kulturen und weltlicher Ethik« verbindlich eingeführt wurde, hängt in Belarus die Präsenz von Priestern de facto von der Bereitschaft des jeweiligen Leiters einer Bildungseinrichtung ab.

Konfliktfeld Schule

Die Einführung von Religionsunterricht in den Schulen ist ein sehr umstrittenes Thema. Die Unterzeichnung entsprechender Programme mit dem Bildungsministerium wurde in den staatlichen und nicht-staatlichen Medien von kritischen Artikeln begleitet, in denen die Gefahr an die Wand gemalt wurde, dass die Schulen ihren weltlichen Charakter verlieren könnten. Diese Sorge wird auch von Staatsvertretern geteilt. So erklärte

der bereits erwähnte Ideologe Rubinau: »Das übermäßige Bestreben der Kirche, in die mittleren und höheren Bildungseinrichtungen einzudringen, ruft Besorgnis hervor. Bei uns müssen weltliche Bildung und eine auf einem materialistischen Weltbild fußende Erziehung dominieren.«

Mit der Ende 2010 erfolgten Verabschiedung des neuen Bildungskodexes wurden die Möglichkeiten für die Kooperation zwischen staatlichen Bildungseinrichtungen und religiösen Organisationen sogar eingeschränkt. Demnach ist diese Zusammenarbeit nur in der unterrichtsfreien Zeit im Rahmen des Plans für Erziehungsarbeit erlaubt. Die Veranstaltungen dürfen zudem keinen religiösen Charakter tragen, sondern sollen nur der bürgerlichen moralischen und patriotischen Erziehung dienen sowie die Schüler vor rechtswidrigem Verhalten, dem Einfluss »schlechter« Religionsgemeinschaften warnen und zur gesunden Lebensweise anhalten. Schließlich ist die Verbreitung von nicht ausdrücklich zu Bildungszwecken genehmigten Materialien religiösen Inhalts, das Abhalten von Gottesdiensten und anderen religiösen Zeremonien sowie die Präsenz von religiösen Symbolen in Bildungseinrichtungen verboten.

Staatliche Scheu vor katholischer Kirche

Trotz dieser Beschränkungen gelingt es Priestern der orthodoxen Kirche im Unterschied zu anderen Religionsgemeinschaften in einigen Bildungseinrichtungen im Rahmen von Wahlfächern oder einfachen Gesprächen präsent zu sein. Die römisch-katholische Kirche, die ebenfalls ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit staatlichen Schulen geäußert hat, verfügt bisher über keinerlei Zugangsmöglichkeiten. Dies hat nicht zuletzt rechtliche Gründe. Denn die Zusammenarbeit ist nur religiösen Organisationen erlaubt, die in einer landesweiten Religionsvereinigung zusammengeschlossen sind. Die römisch-katholische Kirche verfügt jedoch über keine zentralistische Organisationsstruktur in Belarus, sondern besteht aus vier Eparchien, die den Status von lokalen Religionsvereinigungen haben.

Die römisch-katholische Kirche hat zudem weder einen Rahmenvertrag mit dem belarussischen Staat noch Kooperationsabkommen mit einzelnen Behörden unterzeichnet. Als sich in 2008 die Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche mit dem Besuch von Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone deutlich verbesserten, kündigte Präsident Lukaschenka die Unterzeichnung eines Konkordats zwischen Belarus und dem Vatikan an. Trotz wiederholter Ankündigungen wurde dieses Dokument bisher jedoch weder als Entwurf veröffentlicht noch offiziell unterzeichnet. Die offensichtliche Zurückhaltung der belarussischen Führung, das Abkommen zu forcieren, dürfte damit zu erklären sein,

dass die Angst vor dem Kontrollverlust den zu erwartenden positiven außenpolitischen Effekt überwiegt. Denn das Konkordat ist ein internationaler Vertrag, der dem Völkerrecht unterliegt, und würde damit die Unabhängigkeit der römisch-katholischen Kirche vom Staat stärken. Das Prinzip »Loyalität im Austausch für Symbole« würde in diesem Falle also im Unterschied zur orthodoxen Kirche nicht funktionieren. Zudem hätte das Konkordat einen höheren rechtlichen Status als der bereits bestehende Vertrag mit der orthodoxen Kirche – was wiederum die Loyalität letzterer beeinträchtigen könnte.

Konfliktvermeidungsstrategien

Da der Staat für seine symbolische Privilegierung von der orthodoxen Kirche Loyalität erwartet, ist diese faktisch eine Geisel der staatlichen Unterstützung. Dementsprechend versucht sie, Konflikte mit dem politischen Regime zu vermeiden. Dies gelingt jedoch nicht vollständig, da einige Fragen aus kirchlicher Sicht grundsätzlich sind. Zu den Konfliktfeldern gehören u. a. die Agenda »pro-life«, die Reproduktionstechnologien und Abtreibungen problematisiert, die digitale Erfassung der Bürger durch Identifikationsnummern und Fingerabdrücke sowie der Bau von Sakralgebäuden ohne Genehmigung. In einigen politisch neutralen Fragen kann die orthodoxe Kirche ihre Position erfolgreich verteidigen. So konnte im Falle von Bürgern, die aus religiösen Gründen keinen Pass haben, mit Hilfe des Verfassungsgerichts erreicht werden, dass diese auch ohne die – mit dem Pass vergebene – Identifikationsnummer ihre Renten ausgezahlt bekommen. Aufgrund kirchlicher Proteste wurde zudem die Aufführung der Rockoper »Jesus Christ Superstar« verboten, da diese vermeintlich die Gefühle der Gläubigen verletzte.

Konfliktpotential haben außerdem historische Themen, die für die orthodoxe Kirche von Bedeutung sind. Hierzu gehört insbesondere das Andenken an die neuen Märtyrer, d. h. die Gläubigen und Priester, die im 20. Jahrhundert unter Verfolgung zu leiden hatten. So lösten 2006 beispielsweise die Ikonen in der zentralen Kathedrale in Hrodna, die von den Rotarmisten erschossene Märtyrer darstellen, den Unmut der lokalen Behörden aus. Die Weigerung mehrerer Priester in den Eparchien Hrodna und Minsk, ihre Fingerabdrücke staatlich erfassen zu lassen, hatte in 2011–2013 die Verhängung administrativer Strafen zur Folge. Im Sommer 2013 äußerte sich Metropolit Filaret zudem bei einem Runden Tisch kritisch über die Anwendung der Todesstrafe in Belarus. Und die offizielle Zeitung der Minsker Eparchie druckte Briefe von Gemeindemitgliedern ab, in denen die brutale Niederschlagung der Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 kritisiert wurde.

Insgesamt scheut die orthodoxe Kirche allerdings in den Fällen, in denen sie eine vom Regime unterschiedliche Position vertritt, die offene Konfrontation. Als die Behörden beispielsweise in 2013 einen Protestmarsch gegen Abtreibung verboten, gab die orthodoxe Kirche nicht dem Staat die Schuld, sondern den Medien und den Partnern von anderen Religionsgemeinschaften, welche den Behörden den Anlass für das Verbot geliefert hätten. Gleichzeitig versucht auch der Staat, offene Konflikte zu vermeiden. So werden ohne Genehmigung errichtete Gebäude stillschweigend post factum bestätigt, während im Falle von protestantischen Gebetshäusern lang andauernde öffentliche Konflikte ausgetragen werden. Und sogar die Ernennung eines Metropoliten, der entgegen den Rechtsnormen kein belarussischer Staatsbürger ist, wird geduldet, während ausländische Geistliche der katholischen und protestantischen Kirchen unterschiedlichen Repressionen und Sanktionen ausgesetzt sind. Mit diesen staatlichen Zugeständnissen erhöht sich freilich wiederum der Loyalitätsdruck für die orthodoxe Kirche.

Begrenzte Kooperation mit Zivilgesellschaft

Die Abhängigkeit der belarussischen orthodoxen Kirche vom Staat wird dadurch verstärkt, dass erstere bei der öffentlichen Verteidigung ihrer Interessen und Werte sich vor allem auf staatliche Strukturen orientiert und kaum zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bereit ist. Innerkirchliche Gemeinschaften sind bisher unzureichend entwickelt. Eine Ausnahme bilden die Aktivisten von pro-life, die im öffentlichen Diskurs sehr präsent sind, sowie die über 100 Barmherzigen Schwesternschaften, die als freiwillige Vereinigungen wichtige diakonische Funktionen ausüben. Neben den Schwesternschaften gibt es auch einige Bruderschaften, die im kirchlichen und außerkirchlichen Raum aktiv sind.

Die Schwesternschaften kooperieren intensiv mit lokalen und ausländischen NRO sowie mit internationalen Gebern im Rahmen ökumenischer und weltlicher Programme, die ihnen Projektzuschüsse geben. Ebenso erhalten sie Spenden von Unternehmern und Privatpersonen. Ein besonderes Projekt der Schwesternschaften stellt beispielsweise die Zufluchtsstelle für Opfer häuslicher Gewalt in Lida dar, das in Kooperation mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und anderen ökumenischen Partnern durchgeführt wird. Neben der unmittelbaren Hilfe für Gewaltpuffer werden im Rahmen des Projekts auch Studien und Seminare zur Vorbeugung häuslicher Gewalt durchgeführt. Pilotcharakter haben außerdem die Projekte der Minsker Gemeinde zu Ehren der Ikone »Aller Trauern-den Freude«. Hier finden regelmäßig Gottesdienste mit

Übersetzung in Gebärdensprache statt, und mit Hilfe von ökumenischen Partnern werden mehrere Werkstätten für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen betrieben. Insgesamt führt die orthodoxe Kirche die Mehrzahl ihrer sozialen Aktivitäten außerhalb ihrer Kooperation mit staatlichen Behörden durch.

Dabei haben kirchliche Organisationen im sozialen Bereich zusätzliche Möglichkeiten, Verträge über soziale Versorgung mit den zuständigen staatlichen Behörden abzuschließen und damit staatliche Finanzierung zu erhalten. Das prominenteste Beispiel hierfür ist das »Dom miloserdija« (Haus der Barmherzigkeit) in Minsk, das unterschiedliche soziale und medizinische Dienstleistungen anbietet und hierzu sogar an staatlichen Ausschreibungen für kommerzielle Anbieter teilnimmt. Die Mehrzahl der kirchlichen Organisationen ist jedoch nicht hinreichend professionalisiert, um die Anforderungen für staatliche Dienstleistungsaufträge zu erfüllen und die neuen Möglichkeiten staatlicher Ko-Finanzierung im Rahmen des staatlichen Sozialauftrags für nicht-kommerzielle Organisationen zu nutzen.

Hierarchische Struktur

Die Basisorganisation der orthodoxen Kirche ist die Gemeinde. Die Gemeinden werden in erster Linie durch ihre Gott dienende, liturgische Funktion geprägt. In vielen Gemeinden gibt es aber auch Gesprächsgruppen für Jugendliche und Erwachsene sowie Sonntagsschulen. Es gibt zahlreiche soziale Aktivitäten, wie Hilfeleistungen für alte Gemeindemitglieder und Arme, die Betreuung von Waisen oder Behinderten. Ebenso werden kulturelle Veranstaltungen, Exkursionen und Pilgerfahrten organisiert. In einigen großen Gemeinden gibt es eine derart breit gefächerte Tätigkeit, dass sie auch auf ihre Stadtbezirke ausstrahlen.

Die Gemeinden werden nach dem Territorialprinzip in Eparchien vereinigt, deren Grenzen weitgehend mit den staatlichen Verwaltungsgrenzen zusammenfallen. Die größte Eparchie umfasst die Hauptstadt Minsk und das Minsker Gebiet. In jedem anderen Gebiet (oblast) gibt es zwei Eparchien. Damit gibt es insgesamt 11 Eparchien, die seit 1989 in dem Belarussischen Exarchat unter Leitung des Patriarchen Exarchen, der zugleich Metropolit von Minsk ist, vereinigt sind. Das Exarchat ist eine Unterstruktur der Russisch-Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) und hat nur eine geringe Autonomie. Zwar gibt es eine belarussische Synode, doch alle wichtigen personellen und kanonischen Entscheidungen werden von der Moskauer Kirchenleitung getroffen. Die belarussische Synode, der alle Bischöfe der Belarussisch-Orthodoxen Kirche angehören, schlägt der zentralen Synode die Bildung neuer Eparchien und – mit Ausnahme der Minsker Eparchie – Kandidaten für ihre

Leitung vor. Alle Entscheidungen der belarussischen Synode müssen in Moskau bestätigt werden.

Jede Eparchie hat den Status einer lokalen Kirche und der sie leitende Bischof hat »die vollständige hierarchische Macht in Fragen der Glaubenslehre, des Sakraments und des Hirtenamts«. In vielen Fragen des Lebens der Eparchie ist der Bischof die zentrale Figur, die allein entscheidet, ob ein Priester die Erlaubnis für das Abhalten von Gottesdiensten erhält oder ihm diese entzogen wird, welcher Gemeinde er zugeordnet wird, ob die Tätigkeit von Schwestern- oder Bruderschaften erlaubt wird etc. Die Priester sind somit vollständig vom Willen des Bischofs abhängig – es sei denn, ein Priester verfügt über persönliche Kontakte zur Kirchenleitung, zu staatlichen Behörden, Unternehmern oder ist bei den Menschen sehr populär. Der bekannte Priester Pawel Adelgejm hat dieses System als »feudale Abhängigkeit« bezeichnet.

Rechtlose Gläubige

Die Gemeindemitglieder befinden sich am unteren Ende dieser hierarchischen Pyramide. Sie haben keinerlei Recht auf Selbstverwaltung und Kontrolle von Ressourcen. Jede Gemeinde hat rechtlich lediglich einen nominellen Status, da es keine fixierte Mitgliedschaft gibt – und dementsprechend auch keine Mitgliedsrechte. Zwar besteht für einzelne Mitglieder die Möglichkeit, mit Hilfe von Geld oder Macht informell Einfluss zu nehmen, doch grundsätzlich ist jede Initiative von unten ein Risiko.

Die Gläubigen können sich in von der Kirchenleitung gebilligten oder in alternative non-formale kirchliche Vereinigungen zusammenschließen. Zum ersten Typus gehören die Bruder- und Schwesternschaften. Der zweite Typus umfasst Bewegungen und Gruppen verschiedener Richtungen – von informellen Gebetszirkeln bis zu Internetforen, die sowohl den offiziellen Kirchenkurs unterstützen oder sich von ihm absetzen. Dabei finden sich auch politisierte Gruppen mit unterschiedlichen Ideologien, wie Monarchismus, Stalinismus, Kosakentum, christliche Demokratie, Nationalismus, sowie mit ökumenischen und aufklärerischeren Ideen. Eine besonders offene Gemeinschaft ist beispielsweise die Gemeinde der Heiligen Peter und Paul in Minsk, in der mehrere Bruderschaften und Jugendclubs aktiv sind. Außerdem findet hier regelmäßig Gottesdienst in belarussischer Sprache statt, es gibt eine Kommission zur Übersetzung von biblischen und liturgischen Texten ins Belarussische.

Der bisherige Metropolit Filaret war sowohl Garant einer gewissen Unabhängigkeit der Belarussisch-Orthodoxen Kirche von der Moskauer Kirchenleitung als auch Garant der Einheit innerhalb der Belarussischen-Ortho-

doxen Kirche und ihrer Synode. De facto übte er die Rolle eines Konfliktmediators aus und glich Gegensätze aus – obwohl sein Einfluss seit Mitte der Nullerjahre zurückging. Dies war zum einen durch seine nachlassende Gesundheit bedingt und hing zum anderen mit der zunehmenden Zentralisierung innerhalb der Russisch-Orthodoxen Kirche nach der Wahl des neuen Patriarchen Kirill zusammen. Damit nahmen die Auseinandersetzungen innerhalb der Synode zu und einzelne Bischöfe versuchten, ihren institutionellen Einfluss auszubauen. So wurden beispielsweise neue Strukturen gegründet, wie die Geschäftsführung des Belarussischen Exarchats, deren Leitung Bischof Huri von Nawahrudak übernahm.

Der neue Metropolit

Die Ernennung von Metropolit Pawel, der bis dahin keinerlei Beziehung zur belarussischen Synode hatte, zum neuen Oberhaupt der Belarussisch-Orthodoxen Kirche, die ohne vorherige Abstimmung mit den örtlichen Bischöfen erfolgte, kann man angesichts der beschriebenen Spannungen als Misstrauensbekundung von Seiten der russisch-orthodoxen Kirchenleitung interpretieren. Dementsprechend wird von ihm erwartet, dass er Entscheidungen im Sinne des Moskauer Patriarchats trifft. Aus den bisherigen öffentlichen Äußerungen des neuen Metropoliten lässt sich entnehmen, dass er neben der Zentralisierung innerhalb der Kirche auch die Strategie der Nähe zum Staat fortsetzen oder sogar intensivieren wird. Für eine engere Kooperation spricht der Umstand, dass der Metropolit de facto gegen das Gesetz »Über Gewissensfreiheit« verstößt, dem zufolge nur ein belarussischer Staatsbürger eine religiöse Organisation leiten kann. In gewissem Sinne ist Metropolit Pawel dadurch sogar zu einer Geisel des belarussischen Regimes und des Präsidenten persönlich geworden, da es von Lukaschenkas guten Willen abhängt, ob er unter Verletzung des Gesetzes »Über die Staatsbürgerschaft« dem Metropoliten die belarussische Staatsbürgerschaft ohne Verzicht auf die russische Staatsbürgerschaft verleiht.

Metropolit Pawel hat die letzten zehn Jahre im Gebiet Rjasan verbracht, in dem kaum andere Glaubensrichtungen vertreten sind. Allerdings hat er vorher lange Zeit in der Abteilung für externe Kirchenbeziehungen in Moskau gearbeitet und die Russisch-Orthodoxe Kirche in westlichen Ländern, wie den USA, Österreich und Ungarn, sowie in Israel vertreten, wo er an Dialogprozessen teilnehmen musste. Er hat jedoch kein eigenes ökumenisches Programm – im Unterschied zu seinem Vorgänger Filaret, für den die ökumenische Zusammenarbeit hohe Priorität als ein Instrument hatte, das ihm half, die finanzielle und politische Unabhängigkeit vom Staat zu stärken. Für Filaret war die westliche Welt

mehr Freund als Feind, er baute auf »Brücken«, »Dialog« und »Kooperation«.

Zukunft ökumenischer Kooperation

Dank Metropolit Filaret war die Belarussisch-Orthodoxe Kirche im Vergleich mit anderen Strukturen der Russisch-Orthodoxen Kirche international gut vernetzt. Studierende des Theologie-Seminars konnten Praktika im Ausland absolvieren und erhielten Stipendien. Er segnete die internationale Kooperation kirchlicher Organisationen in unterschiedlichen Bereichen, wie Bildung,

Wissenschaft und Soziale Arbeit. Selbst wenn Metropolit Pawel, der während seiner Rjasaner Zeit durch mehrere »anti-westliche« Äußerungen aufgefallen ist, diese Linie nicht fortsetzen sollte, so bleibt die Belarussisch-Orthodoxe Kirche durch zahlreiche Fäden auf der Ebene einzelner Gemeinden, Organisationen und Personen mit den ökumenischen Partnern in der westlichen Welt verbunden. Diese sind in der Lage, den von Metropolit Filaret in 35 Jahren geprägten pro-ökumenischen Kurs fortzusetzen.

Übersetzung aus dem Russischen von Astrid Sahm

Über die Autorin:

Natallia Vasilevich (geb. 1982) ist Politik- und Religionswissenschaftlerin. Sie ist Direktorin des 2009 in Minsk gegründeten Zentrums »Ekumena« (Ökumene, <<http://ecumena.by>>) und arbeitet in der Initiative für Glaubens- und Religionsfreiheit »Forb« mit (<<http://forb.by>>).

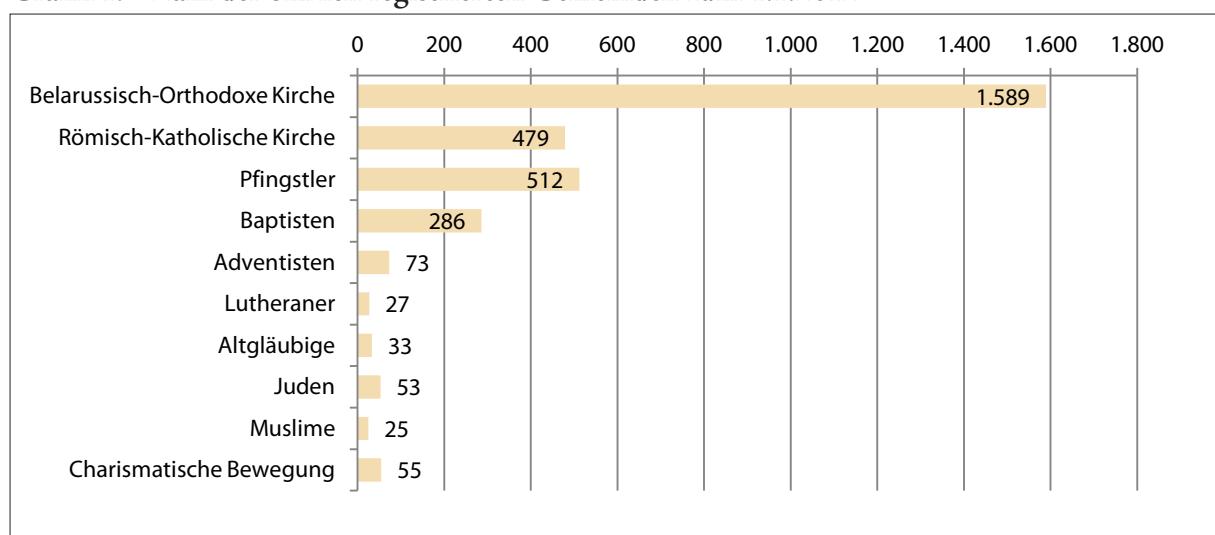
Lesetipps:

- Natallia Vasilevich: Churches and the State: Ten years after the law on religion, in: Anatoly Pankovsky / Valeria Kostyugova (ed.): Belarusian Yearbook 2012. A survey and analysis of developments in the Republic of Belarus in 2012, Minsk 2013, S. 196–204, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/attached-files/ej_2012_eng.pdf>.
- Natallia Vasilevich: Orthodox Church in Belarus: Between the Russian Orthodox Church and Belarusian Society, in: BELL Belarus Info Letter, 8(38), 2013, S. 3–5, <http://www.eesc.lt/uploads/news/id556/Bell_2013_8%2838%29.pdf>.
- Natalja Wasiljewitsch: Belorusskaja prawoslawnaja zerkow w teni gosudarstwa, in: Pro et Contra 5(60), September/Okttober 2013, S. 80–96, <http://carnegieendowment.org/files/PeC_60_all.pdf>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Statistiken und Umfragen zur Religion

Grafik 1: Zahl der offiziell registrierten Gemeinden zum 1.1.2012



Quelle: Swobodna sowesti w Belarusi w 2011 – pervoi polowine 2012 gg.: monitoring i analis <<http://churchby.info/bel/857/>>